Morgen-Ausgabe. **Nr. 485.** **Berlin,** Sonntag, den 16. Oktober **1892.**

Neue Preußische Zeitung.

Vorwärts mit Gott für König und Vaterland.

Nr. 485. Morgen-Ausgabe. **Berlin,** Sonntag, den 16. Oktober **1892.**

Dies Blatt erscheint zweimal täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Festtage. — Vierteljährlicher Abonnementspreis: Preis: Für Berlin: 7 Mark 50 Pfennig. — Mit Botenlohn 8 Mark 50 Pfennig. — Für das deutsche Reich und für ganz Oesterreich: 9 Mark. — Die einzelne Nr. wird mit 10 Pfennig berechnet.

Alle Postanstalten nehmen Bestellung auf dieses Blatt an, für Berlin die Expedition der Neuen Preußischen Zeitung: W. Kühnigkeit, Straße Nr. 15, und die bekannten Spediteure. Insertions-Gebühr für den Raum einer sechsgespaltenen Petitzeile 40 Pfennig.

Telegraphische Korrespondenzen.

(Siehe auch dritte Seite.)

Breslau, 15. Oktober. (W. T. B.) Heute früh 4 Uhr stießen auf dem hiesigen Zentralbahnhofe bei der Ausfahrt nach Oberschlesien, bez. nach Glatz zwei Güterzüge zusammen. Einige Wagen entgleisten, so daß der Verkehr etwa sechs Stunden lang behindert wurde. Menschen sind, wie die „Schlesische Zeitung" dieser Meldung hinzufügt, nicht zu Schaden gekommen, auch der sonst angerichtete Schaden ist gering.

Hamburg, 15. Oktober. (W. T. B.) Die Metallwarenfabrik von Georg Haller in Ottensen wurde heute durch eine Feuersbrunst, deren Bewältigung erst nach vier Stunden gelang, in Asche gelegt. Durch dieselbe sind 120 Arbeiter brotlos geworden. Der Gesammtschaden an Maschinen und Waren wird auf 250 000 M. an Gebäuden auf 110 000 M. geschätzt. An dem Brandschaden ist die Landesbrandkasse hauptsächlich betheiligt.

* **Wien,** 15. Oktober. (Privat-Telegramm.) In Ungarn scheinen großartige Demonstrationen bevorzustehen. Die für den 2. November anberaumte Enthüllung des Honved-Denkmals sollte als Versöhnungsakt mit der Vergangenheit stattfinden; an der Enthüllung des Honved-Denkmals sollte die Armee theilnehmen, wofür die Honvedschaft einen Kranz am Denkmal des Vertheidigers der Festung Ofenes im Jahre 1848, Henczyi, niederlegen sollte. Eine diesbezügliche Vereinbarung zwischen der Honvedschaft und der Armee war getroffen: die Opposition erhebt dagegen furchtbaren Lärm und droht mit exzessiven Straßenkundgebungen; eine Konferenz der Regierung mit den oppositionellen Führern ist resultatslos geblieben. Die oppositionellen Blätter führen eine erbitterte Sprache, stürmische Tage werden erwartet.

Pest, 15. Oktober. (W. T. B.) [Telegramm des K. K. Telegraphen-Korrespondenz-Bureaus.] Der Budgetausschuß der österreichischen Delegation hat mit allen gegen eine Stimme den Bericht betreffend das Ministerium des Auswärtigen angenommen. In dem Bericht werden die Erklärungen des Ministers des Auswärtigen, Grafen Kalnoky, ihrem Inhalte nach wiedergegeben und konstatirt, daß die Stimme des böhmischen Delegirten ganz vereinzelt geblieben und von den Vertretern zweier großen Parteien des Reichsrathes auf das entschiedenste zurückgewiesen worden sei. Der Minister habe daher mit Berechtigung darauf hinweisen können, daß die Meinung, welche den erwähnten Delegirten geleitet hätten, nicht lokaler Natur gewesen sein. Es sei zweifelhaft, ob die Auffassung desselben die Auffassung des ganzen böhmischen Volkes sei. Der Bericht schließt: „Die Erklärungen des Ministers, welcher die guten Beziehungen zu allen Staaten betonen konnte, haben den Ausschuß in hohem Grade befriedigt und waren geeignet, das Vertrauen, mit welchem die Delegationen die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten halten, neuerdings zu befestigen und zu kräftigen. Der Ausschuß hat angesichts des wenn auch vereinzelten Mißtrauens, welchem die bekannte und wohlbekannte Politik des Ministers hier begegnete, — jene Politik, welche, gestützt auf unsere eigene Stärke und die Machtstellung der Monarchie, im Bunde mit treuen, die gleichen friedlichen Ziele verfolgenden Verbündeten den Frieden zu erhalten und zu befestigen mit Erfolg bestrebt ist, — seinem Vertrauen mit allen gegen eine Stimme Ausdruck verliehen."

Pest, 15. Oktober. (W. T. B.) (Telegramm des „K. K. Telegraphen-Korrespondenz-Bureaus.") Der Heeresausschuß der ungarischen Delegation nahm das Gesammtarium des Heeresbudgets an. Im Laufe der Debatte erklärte der Reichskriegsminister Fehr. v. Bauer sich bereit, im Sinne des Beschlusses des letzten Kongresses der Vereinigungen Reserve- und Landwehrpflichtiger Vereine an den großen Manövern heranzuziehen. Der Minister weisterte die Motivirung für die Einberufung der Reserveoffiziere in der Waffenübung mit der steigenden Zahl der Gemeinmanen, welche in den letzten 10 Jahren von 905 auf 2250 sich erhöht habe. Die Gesammtzahl der Reserveoffiziere betrug am 1. November 1892 10 544. Seitdem die Reserveoffiziere in den einzelnen Jahrgängen, worunter einbezogen würden, seien die Erfolge weitaus besser als früher.

Paris, 15. Oktober. (W. T. B.) Der Finanzminister Rouvier stellte in der heutigen Sitzung der Budgetkommission vor, zur Deckung des Defizits von sechs Millionen in den von der Kommission abgeänderten Budget eine Steuer von 10 Francs auf Fahrräder einzuführen, was 1½ Millionen ergeben würde, ferner die Ausgaben von 4½ Millionen, die sich aus der Annahme der Schulgesetze in das Budget ergeben, zu streichen. Im Laufe seiner Ausführungen erklärte der Minister, er hoffe die Schulgesetze bei der Kammerdebatte der Opposition Neuer entreißen zu können. Die Budgetkommission nimmte den Vorschlägen des Finanzministers zu und verschob die Abstimmung von dem Minister vorgeschlagenen Konversion der Morgen-Anleihe in eine Morgensitzung.

Windsor, 15. Oktober. (W. T. B.) Das Kriegsgericht verurtheilte heute den Gemeinen Marshall vom ersten Garde-Husaren-Regiment, welcher an der am 21. September in der Kaserne des Regiments vorgekommenen Unbotmäßigkeit betheiligt gewesen zu sein scheint, zu 14 Monaten Gefängniß und nachfolgender Entlassung aus dem Regiment.

Rom, 15. Oktober. (W. T. B.) Die „Agenzia Stefani" meldet: Gegenüber der durch die Zeitungen gehenden Meldung, die deutschen Eisenbahnen weigerten sich, gebrauchte Effekten nach Italien zu expediren, weil die Einfuhr derselben verboten sei, hat der Minister des Innern erklärt, daß die Einfuhr dieser Effekten gestattet sei, vorausgesetzt, daß dieselben nicht zum handelsmäßigen Vertrieb bestimmt seien und nur, wenn sie aus verseuchten Orten kämen, am Bestimmungsorte desinfizirt würden.

Venedig, 15. Oktober. (W. T. B.) Ihre Majestät die Kaiserin Friedrich ist mit der Prinzessin Margarethe heute hier eingetroffen.

Mailand, 15. Oktober. (W. T. B.) Der König und die Königin traten in Begleitung des Herzogs von Aosta und des Grafen von Turin heute Vormittag gegen 11 Uhr mit Gefolge aus Monza hier ein und begaben sich vom Bahnhofe in Hofequipagen nach dem Hotel Cavour zu einem etwa halbstündigen Besuche bei Ihrer Majestät der Kaiserin Friedrich. Mittags 12½ Uhr hat Ihre Majestät die Kaiserin Friedrich ihre Reise nach Venedig fortgesetzt. Auf dem Bahnhofe waren zur Verabschiedung der deutsche Konsul und die Vertreter der Behörden Mailands anwesend.

Madrid, 15. Oktober. (W. T. B.) Der Polizeipräfekt wird heute den am 12. d. M. eröffneten Friedenskongreß schließen lassen. Die Theilnehmer an den Debatten sollen vor Gericht gestellt werden.

Bern, 15. Oktober. (W. T. B.) Der Verkehr auf der Strecke Faido-Rodi der St. Gotthardbahn, welcher infolge eines Erdrutsches unterbrochen war, und der für Personen durch Umsteigen erfolgen mußte, ist wiederhergestellt.

Petersburg, 15. Oktober. (W. T. B.) Die Herbstsession des Reichsrathes hat heute begonnen.

* **Belgrad,** 15. Oktober. (Privat-Telegramm.) Die Untersuchung ergab, daß der vor kurzem abgegebene Schuß nicht Pasitch gezielt habe. — Die Liberalen und Fortschrittler werden in der nächsten Skupschtina die Verfassung des Kabinets Pasitch in den Anklagestand beantragen.

Die innere Politik der Woche.

Daß die militärischen Umgestaltungspläne der Regierung bis jetzt im allgemeinen von der öffentlichen Meinung ohne Unterschied der Parteistellung, durchaus nicht günstig beurtheilt werden, ist eine Thatsache, die vielmehr feststeht und so oft hervorgehoben werden ist, daß sie hier nicht nochmals betont zu werden braucht. Die Gründe, von denen die Parteien dabei ausgehen, sind freilich sehr verschieden; so verschieden, daß die „Germania", wie bereits erwähnt, mit Recht behaupten darf, das Urgebet der zweijährigen Dienstzeit, welches die konservative Presse mit größter Entschiedenheit bekämpfe, habe die Mehrheit der übrigen Blätter für sich, die aber übereinstimmen, daß vom Wehrzustand an Menschenmaterial und Geld vermaßen zurückschneiden, daß Ultramontane und Liberale von diesem Standpunkt aus in der Verwerfung der Reformpläne übereinstimmen, unter der Voraussetzung allerdings, daß es bei den bisher verlautbarten Anforderungen sein Bewenden habe.

Wenn dies aber der gegenwärtige Stand der Dinge ist, so scheint eine neue „Entwickelungsphase" nunmehr in Sicht zu kommen. Daß wir in der Lage sind, die ursprünglich durchweg mit Mißtrauen aufgenommene Mittheilung der „Pest. Ztg." zu bestätigen, wonach die Regierung sich ohne weiteres mit der einjährigen Feststellung der Friedensstärke des Heeres durch den Etat begnügen werde — sieht, so weit wir sehen, nirgend auf die Zweifel — und Bemäkelungsversuche, an die wir in ähnlichen Fällen sonst gewöhnt sind.*) Mit Befriedigung vielmehr nimmt man die Thatsache hin, wenn sich diese Stimmung zum Theil auch in den Gemeinplätzen Ausdruck findet. Die „Mak.-Ztg." z. B. spricht sich in ziemlich wegwerfender Weise über die „Redewaffen" der Offiziösen aus, welche es für nöthig hielten zu bemerken, daß zunächst allerdings ein „Quinquennat" erforderlich werden dürfte, auf dessen Bewilligung die Regierung indessen nicht bestehen werde, da Graf Caprivi schon früher erklärt habe, hierauf keinen Werth zu legen. „Wenn die Regierung", fährt das Blatt fort, „dies in der That für Wurst hält, so erscheint es uns ihrerseits — ohne daß wir im mindesten unseren in den Kämpfen von 1874, 1880 und 1887 vertretenen Standpunkt aufgeben — allerdings klüger, nicht erst ein Scheingesetzt zu beginnen. In einem solchen sich zu engagiren, wird wenigstens niemand Lust haben, denn es in jenen Kämpfen Ernst war." Daß die nationalliberale Partei und Presse in den genannten Zeitpunkten für das Septennat gekämpft hat, ist bekannt. Wir nehmen deshalb auch an, daß sie sich nicht sogleich und ohne Umschweif auf den Standpunkt stellen werde, den die grundsätzliche Opposition bis jetzt in der Militärfrage eingenommen hat und dem sich die Regierung nun auch ihrerseits anzubequemen scheint. Allein die Gelassenheit, mit der die „Nat.-Ztg." von „Scheingesetzten" abräth, läßt doch wohl erkennen, daß es ihr mit jenen einschränkenden Bemerkungen doch nur um die Erfüllung einer politischen Anstandspflicht zu thun ist, und um nicht viel mehr. Weiß man denn nicht ohnehin, daß es sich bei den Septennatsvereinbarungen, ursprünglich wenigstens, nur um ein Kompromiß gehandelt hat, welches die Nationalliberalen den auf dauernde Feststellung der Friedensstärke des Heeres gerichteten Wünschen des Fürsten Bismarck abzuringen wußten? Ihrem liberalen Herzen widerstrebte es eben doch zu sehr, das Heer den parlamentarischen Einflüssen dauernd zu entziehen und dieser Gesichtspunkt ist ihnen wichtiger gewesen, als die Rücksicht auf ein nationales Interesse ersten Ranges. Was die „Minute" damals aber verloren, bringt „keine Ewigkeit" zurück. Das haben schon die unausgesetzten Kämpfe gezeigt, die sich bei jeder Gelegenheit um das Septennat erhoben und die uns im Jahre 1887 vor eine äußerst gefährliche Krisis gestellt haben. Sie ist damals siegreich bestanden worden; allein die Heftigkeit des Konflikts scheint einen Eindruck hinterlassen zu haben, der nicht zur Wiederholung reizt; und leugnen läßt sich ja nicht, daß die Methode, die man heute anzuwehren bereit scheint, weit bequemer ist.

Auf „freisinniger" Seite, wo man natürlich besonders angenehm berührt ist, sieht man sich denn auch alle Mühe, das unverhohlene Zugeständniß als ganz ungefährlich hinzustellen. So sagt z. B. die „Saale-Ztg.", die in Berlin allerhand Beziehungen unterhält und in der That schon am 13. d. M. einen Leitartikel gebracht hat, der die mehrerwähnte Nachricht der „Pest. Ztg." in der stärksten Weise unterstützte, darin u. a.:

„Der Reichskanzler kann das (auf die einjährige Bewilligung eingehen) ohne jede Gefahr. Denn wenn heute die Präsenzziffer verspätetweise auf eine halbe Million Mann festgesetzt wäre, so würde es keinem Menschen einfallen, ohne durchgreifenden Wandel in den politischen und militärischen Verhältnissen, im nächsten Jahre eine Herabsetzung der Präsenzziffer zu fordern, oder sich von dieser Forderung Erfolg zu versprechen. Thatsächlich würde Jahr für Jahr die einmal angenommene Präsenzziffer beibehalten werden, die Debatten würden sich von Jahr zu Jahr kürzer und ruhiger gestalten, und was jedenfalls mit den schwersten Kämpfen auf sieben Jahre errungen werden mußte, das würde hier so glatt bewilligt werden wie das Gehalt des Reichskanzlers oder der Staatssekretäre." . . .

Die „Saale-Ztg." scheint, um zunächst auf den letzten Punkt einzugehen, unter deutschen Verhältnisse mit denen anderer Länder von stark ausgeprägter nationaler Eigenart und größerem Selbstbewußtsein zu verwechseln. In Frankreich und England läßt sich die einjährige Bewilligung durch den Etat ertragen, weil das Heer dort durch politischerseits Gemeinsinnigkeit dem Streit der Parteien entzogen ist die Erhaltung der nationalen Wehrkraft als ein höchstes Gemeingut aller gilt, an dem um keinen Preis gerüttelt werden darf. Ist es denn aber auch bei uns an dem? Wer die Septennatskämpfe, namentlich den von 1887 durchgemacht hat, muß doch wohlweiß wissen, daß die Heeresfrage in Deutschland zu den politischen Parteifragen par excellence gehört, weil was das jeine Parteiantipathien gewinnt, welches ihre Anziehung zu Sonderzwecken unterläßt. Von jeher hat der Liberalismus, insbesondere der vorgeschrittene, diese Frage deshalb als Hebel benutzt, um seinen eigenen parlamentarischen Einfluß zu erweitern und so allmählich in der Partei-Regierung zu gelangen, die er den Staaten der westeuropäischen Welt längst bereitet. Sein letztes Ziel ist kein anderes, kann es nicht sein, und von keinem Standpunkte hat er Recht, denn auf welchem Gebiet könnte eine dem Volksleben entfremdete Wehrkraft größere Bedeutung gewinnen, als eben hier? Heute freilich, wie gesagt, verfrischt man die Bewegung gelegene Worte, und so lange das Geschäft nicht eingeschwärzt ist, wird man vorsichtig, dies zu thun. Aber die Partei-Bewegung „daß es ohne dauernd-gesetzlichen Bund in den politischen und militärischen Verhältnissen keinem Menschen einfallen würde, im nächsten Jahre eine Herabsetzung der Präsenzziffer zu fordern, oder sich von dieser Forderung Erfolg zu versprechen." Letzteres würde doch wohl nur von den Parteiverhältnissen abhängen; wenn uns aber gesagt wird, „daß ohne durchgreifenden Wandel in den politischen und militärischen Verhältnissen" keine Herabsetzung der Präsenzziffer zu befürchten sei, so guckt hier der Pferdefuß deutlich genug hervor. Wer soll denn bestimmen, was unter „durchgreifendem Wandel der politischen und militärischen Verhältnisse" zu verstehen sei? Wäre dies etwa der Regierung zu überlassen, oder will man es sich nicht vielmehr selber vorbehalten? Wir erinnern hier nur an den Virchowschen Abrüstungsantrag von 1869. Die Freunde des „reinen Parlamentarismus" hätten nur nöthig, diesen oder einen ähnlichen Antrag abermals einzubringen, um eine ihnen passende Herabsetzung der Präsenzziffer bestens zu begründen. Der Regierung aber würde, wenn sie die Mehrheit hinter sich hätten, nichts übrig bleiben, als sich zu fügen, oder die politischen Zugeständnisse zu machen, um die es den Herren im Grunde allein zu thun ist.

Daß sich das alles in der Praxis zunächst viel „h" nicht ganz so schlimm anlassen würde, als es hier erscheint, mag ja sein. Das liegt jedoch nur an der Zerklüftung der Parteien bei uns und ändert grundsätzlich an der Thatsache nichts, daß die Bewilligung der Friedensstärke des Heeres durch den Etat einen Riesenschritt weiter in der Richtung des sogenannten „reinen Parlamentarismus" bedeutet, der in dem Könige von Gottes Gnaden nichts weiter sieht als einen „roon de carti", eine Puppe, die man der Bequemlichkeit halber stehen läßt, wo sie nun einmal steht, der man aber nicht die mindeste Bedeutung, keinen eigenen Willen, keine eigene Ueberzeugung zugesteht.

Ist es aber an dem — und man soll uns einmal beweisen, daß dies nicht der Fall ist —, dann scheint uns auch die Stellung der konservativen Partei gegeben zu sein. So lange es sich bei den bisherigen Erörterungen bloß um militärische Fragen zu handeln schien, ließ sich immerhin, auch vom konservativen Standpunkte aus, der Verbesserung, daß ein abschließendes Urtheil über den Werth und die Tragweite der zu erwartenden Vorlage erst nach Bekanntwerden des Inhalts derselben im einzelnen möglich sei. Seitdem aber leider nicht mehr bezweifelt werden kann, daß wir es mit einer politischen Frage von unabsehbarer Bedeutung zu thun haben, mit einer Frage, von deren Lösung im strengsten Sinne des Wortes die Zukunft der Nation abhängig ist — seitdem muß die Lage jedem Konservativen, unseres Erachtens, in einem völlig veränderten Lichte erscheinen. Eine Vorlage, welche uns, wenn nicht thatsächlich so doch grundsätzlich, über kurz oder lang dem parlamentarischen Regiment in die Arme treiben würde, das wir von jeher auf das entschiedenste bekämpft, weil wir es mit der Monarchie von Gottes Gnaden für unvereinbar halten — einer solchen Vorlage können wir nicht zustimmen, ohne uns selber aufzugeben, mögen andere immerhin thun, was ihnen ersprießlich dünkt. Eines aber sei hier nochmals betont. Wer etwa glaubt, daß das neueste Zugeständniß an den Liberalismus, so schwerwiegend es ist, diesen zum Verzicht auf noch weiter gehende Forderungen veranlassen werde, befindet sich in einem Irrthum der verhängnißvollsten Art. Der Liberalismus sagt, wie wir gesehen, die Heeresfrage nur als Hebel an, um zum parlamentarischen Regiment zu gelangen. Ehe dieses Ziel erreicht ist, kann er keine Ruhe halten und wird es nicht thun. Selbst wenn er es aber wollte, vermöchte er es nicht, denn hinter ihm steht die Sozialdemokratie, die keinerlei Rücksichten kennt und ihn vermöge treibt um jeden Preis.

Am 14. d. M. hat in Berlin eine Versammlung evangelischer Männer stattgefunden, die sich auf die schönen und überzeugenden Worte Stockers und des Gymnasial-Direktors Bonel mit unerwägbarer Mehrheit gegen die Angriffe Harnacks auf das apostolische Glaubensbekenntniß ausgesprochen. Wir hoffen, daß dieses Votum Nachtrage finden wird. Hier scheint uns die richtige Form gegeben zu sein. Professor Harnack wird sich nicht darüber beklagen können, daß seine Gegner ihn durch die Art, wie sie ihm entgegentreten, beraubten. Von gewissen Vertheidigern gilt das allerdings. Wenn das „Berl. Tabl." z. B. immer wieder von neuem auf die Behauptung zurückkommt, Professor Harnack habe sich durch die „neuen Zeit." dazu verleiten lassen, seine Schrift gegen das apostolische Glaubensbekenntniß zu verfassen, so kann dies bei solcher Art Zeitungsjunge, die man ihm schlauer Weise schenkt, so heißt das einen Mann, der „dem Geiste getreten" an sein Lebenswerk, doch sehr niedrig schätzen. Wenn es Professor Harnack um seiner Sache ernst ist, wenn er es für eine heilige Pflicht hält, zu reden, wie er gedacht, so wird er jede Unterstützung dieser Art mit Mißtrauen zurückweisen. Das wir unterzeichnete keinesfalls dunkler verlieren, verdient sich wohl von selbst.

*) Nachtrag d. Red. Dieser Artikel war bereits in Satz gegangen, als in der heutigen Morgenausgabe der „Berl. Allg. Ztg." ein Dementi dieser Nachricht erschien; das offiziöse Blatt erklärt die Behauptung, „daß die Reichsregierung geneigt sei, die einjährige Dienstzeit des Heeres ohne weiteres anzunehmen" für „völlig aus der Luft gegriffen. Gewiß muß man, daß die „Berl. Allg." diese Nachricht schon am Mittwoch Abend an bevorzugender Stelle veröffentlichte, ausdrücklich bezweifeln. Denn wir sind der Ansicht, daß die Regierung alle Ursache haben, daß „gerüchtweise" etwas ungünstiges hat; unsere Quelle wußten wir trotzdem als eine derartige Zeitungsnachricht erachten. Wie dem aber auch sei, wir können uns, daß die Nachrichtenzunge unrecht gerüchtet ist, kaum denken. Wie dem aber auch sei, wir können uns nicht vorstellen, daß die Regierung, wenn sie wirklich geneigt wäre, Jemand zu machen, bereits, ehe sie dieselben nicht für unerläßlich, auch jetzt noch die politischen Verhältnisse einschließlich der Parteien, welchen dieselbe auf konservativer Seite begegnen würde.

Feuilleton.

Der Spinnerlehrling.

Von William Westall. (Nachdruck verboten.)

Verdeutscht von Axel Albrecht.

Mit Genehmigung des Verfassers.

(Fortsetzung.) 11

„Der arme Junge thut wie sehr leid," antwortete Bartlett niedergeschlagen, „denn ich habe ihn schon recht lieb gewonnen. Und wenn er nicht durchkommen sollte, so werden wir auch nie einen wahren Namen erfahren."

„Hat die Mutter auch Ihnen ihren Namen nicht genannt?"

„Nein; sie versprach uns ihre Geschichte nach Beendigung der Gerichtsverhandlung zu erzählen; aber man hat die unglückliche Frau ihr Geheimniß mit ins Grab genommen. Und ich fürchte, daß der Knabe dann erst nicht im Stande sein wird, auf unsere Fragen zu antworten, selbst wenn —"

„Selbst wenn es ihm besser gehen sollte, meinen Sie. Nun das hat noch eine Weile. Selbst im günstigsten Falle wird es sehr lange dauern, bis er so weit zur Besinnung kommt, daß er ein sehr einfaches und ergebnißloses Verhör, Bartlett, über sich eventhümlichstes den allem," lachte er hämisch hinzu, „ich, daß Sie eine um eingeweihter einer Zeugnisse die Rolle des Schutzengels des Knaben spielen, der sich dann Vertheidiger einer Frau und ihres Kindes anzuwirbt, die er durchaus nicht kennt."

„Wenn ich unrichtig sein will, so wundere ich mich eigentlich über, mich selbst," erwiderte der Buchhändler, „aber Sie haben vielleicht recht, wenn Sie glauben, daß ich wie ein Tor handelte, daß ich mich für die Sache der Armen, die Unterdrückten und Schwachen einsetzte. Aber ich hatte mir ganzlich auch nur nicht die Absicht, je weit zu gehen, wie mich die Verhältnisse jetzt getrieben haben. Als ich zuerst von der Verhaftung der Frau hörte, trieb mich die Neugier in das Polizeigebäude. Und wieder war es meine Neugier, die durch die eigenthümliche Thatsache hervorgerufen wurde, daß eine Frau sämmtlich von Mörder und Zeugen erklärte, lieber Reisen zu wollen, als durch die Nennung ihres Namens Schande über ihren Mann zu bringen. Und so kam es, daß ich mich immer annahm und schließlich eine Art von Pflegevater ihres Kindes wurde. Aber ich hätte mich lieber nicht in die Sache mischen sollen, denn der Erfolg ist der, daß der Doktor mich ausfindig gemacht hat, — die Frau ist tot, der Knabe ist sterbenskrank und ich aber nicht, wie sie sagt."

„Das sieht Ihnen ähnlich, Bartlett, Ihr edelmüthiges Herz und Ihre eiserne Hartnäckigkeit zu bewundern, die Sie mit Ausdauer bezeichnen."

Nein, Ihre eiserne Hartnäckigkeit entwirrt lediglich Ihrem edlen und selbstlosen Charakter; und was die fabelhafte Sache des Mordes betrifft, wie die der Neugierde anbetrifft, so hatte ich dieselben vorzüglich für erhabene und charmerische Kaiserin. Nennen Sie in der ordentlichen Literatur einen vergleichbaren Charakter, — Sie Quixote? — Ich wette Ihnen wetten ein Kopfschmerz hören, die Ihnen keinen Vorwurf machen. — Doch nun auf unseren Kosten Kaiserin unwahrscheinlich, so glauben Sie, daß es den guten Jungen kennt ist?"

„Ganz gewiß. Er hat eine Manieren und hat für sein Alter außerordentlich viel gelesen. Er liest und schreibt recht gut und ist kaum etwas in unserem gleichkommen bewandert, — wenn wir nicht bestehen, wenn der Junge sterben sollte, heute ich wissen können, daß die Krankheit so ernstlich wäre, so hätte ich die noch gestern Abend nach dem Namen seines Vaters schon. Ich seine Mama ist vielleicht in diesem Augenblick in London und jetzt vergeblich nach Frau und Kind?"

„In dem Augenblick, als die beiden Herren unter diesem Gespräch Bartlett's Haus erreicht hatten, war sich Gobb's an, welcher jetzt unterwegs und retteur war, von neuem Gedanken zu betten.

„Es ist ein wenn sich alle Gleichen Gleichen, wenn man schwierigen hätten," sagte er ernstlich, „ich haben wir den ersten Gedanken Herzlich gemacht gestern zum Mörder, denn hier sind sich Blätter nicht damit, seine Aktenstücke zu verschreiben, sondern bei einer wenigen Informationen einen Stoff und Vorgang und nimmt ledlich Kleider und Geldmerzen einen was ein, und man endlich wird das Kind kaum und wird vorzüglich sterben."

„Ich glaube bestimmt, daß er und den Namen genannt haben werde, jetzt ist denn freilich nicht mehr zu denken, denn der arme Junge liegt in Fieberphantasien."

„Wie stellen wir es aber an, zu erfahren, ob der Vater hier ist, und wie stellen wir ihn finden? Unsere Partien."

„Es ist allerdings eine ungewisse Aufgabe," antwortete Gobb, in London einen Menschen zu finden, dessen Namen wir nicht kennen; nichts desto weniger wollen wir einen Versuch machen. Wir wollen eine Annonce in die Zeitungen setzen lassen.

„Das ist allerdings eine ungewöhnliche Idee!"

„Wunderem wenden ich mich Ihnen lassen, die mich vielleicht hierauf einen Hochzeitsrede sehen werden, und vor lauter Gelächtigungen in dem Kaffeehaus „Zum Anker" eine sehen."

Gobb ließ sich alsdann Schreibzeug geben, um die Anzeige aufzusetzen, welche Bartlett zu den Zeitungen „Times" und „Morning Chronicle" bringen wollte.

Sie lautete folgendermaßen:

„Der Vater, welcher aus dem Auslande unmittelbarer ist und welcher seinen Sohn und Kind aufzusuchen, ist zu Londoner zu erwarten, wird ersucht, sich mit den Herren Gobb, Mercantel und Sheepshanks in Verbindung zu setzen, welche ihn wer den Verbleib seiner Angehörigen unterrichten werden."

Nachdem die Anzeige vorsichtig Jene lang ohne Erfolg geschrieben war, erkannte man die Nutzlosigkeit derselben und verschickte auf den weiteren Abend. Inzwischen hatte Gobb die Blindschleiche erhalten und die Buchhändler einzelnen Nachrichten waren und den Bestellten A. M. und die seiner Mutter und S. M. [illegible] Bartlett und Gobb Sheepshanks und einmal andeutenden unverständlichen Zeichen und noch ein Name, welcher was verblühne und Hinde durchaus und in dem die Namen „Sarbe und Wilhelm" enthielt waren. Gobb war auch ein in Gobb gefundene Mamata „Bartlett" und Jahrbuch, welches einen jungen, hübschen, etwa 25 Jahre alten Mann in der Uniform der englischen Schutztruppen darstellte. Das alles das tung nicht, denn bei, wie einem weiteren Aufbewahrt zur Feststellung des Namens von Robins Vater zu finden. Gobb wurde bereits vorher, daß dieser Offizier in der Kaiserlichen Marine sei und mit Vermögen Wilhelm heiße. Das einzige neue Moment, das durch diese Schmuckbäuer festgestellt wurde, war, daß der Name mit dem Buchstaben „R" begänne.

Auch die Nachricht erwies sich in dem Kaffeehause als unbrauchbar, viele Leute erlegten deutlich ihre Briefe zu senden und nach ihren Angehörigen zu fragen. So war denn auch in letzter Zeit eine große Anzahl von Frauen dort gewesen; daß jedoch eine Frau mit einem Knaben nach einem Brief gefragt habe, vermochte man sich nicht zu erinnern.

Gobb fragte alsdann, ob in der letzten Tagen ein Herr in dem Kaffeehause erschienen sei, welcher dem Miniatur-Portrait glichen. Nachdem der Wirth und die Kellner das Bild genau betrachtet hatten, erklärten sie, daß sie niemanden gesehen, der Aehnlichkeit damit habe. Gobb hat alsdann um die Gefälligkeit, die in dem Kaffeehause vorhandenen Bücher durchsehen zu dürfen, und wurde ihm die bereitwilligst gestattet. Er hoffte, daß es ihm vielleicht gelingen werde, das Buch ausfindig zu machen, in welchem Robbs einen Vetter ihre Anfrage in London und ihre Adresse mitgetheilt hatte. Aber auch diese Hoffnung erwies sich als trügerisch. Unter einer großen Anzahl von Briefen, deren Aufschriften er las, befand sich vielleicht ein halbes Dutzend, welche an Personen mit den Vornamen Robbins und den Anfangsbuchstaben R. gerichtet waren. Hätte er die Briefe öffnen können, so wurde er vielleicht einen weiteren Anhaltspunkt gefunden haben, aber dies war natürlich nicht möglich.

Gobb setzte seine Nachforschungen nicht weiter fort; die Zeitungen hatten ihm schon einige Pfund Sterling und viel Zeit gekostet, und Mercantel erbeten zu der Regel nach ein umsonst. Hatte er die einen zahlungsfähigen Klienten verarbeitet, so wurde er seiner Nachrichten nicht aufgegeben haben und dieselben wären vielleicht von Gobb gefunden gewesen. Aber er glaubte, hierauf der Gummistab und einer berechtigten Neugier Genüge gethan zu haben.

[illegible] Gobb, der Gedanke an Robbs Vater der Mutter hielt und wie oft ein geheimnißvoller Umstand der Sache einen Mißbrauch bringen, daß dem man [illegible] verwirklicht hat, so verfuhr er eine ausführliche Beschreibung der Sache Robbs Vorfahren von ihrer ersten Begegnung mit Bartlett bis zu ihrem Tode und bis zur Gefangennahme Robbs. Hierzu fügte er den Brief, welcher in Robbs Besitz gefunden worden war und ihm von dem Gericht übergeben worden war, sowie die Schmuckschachen, welche er auf Grund der Pfandscheine eingelöst hatte; alles dieses legte er in ein Packet, das er versiegelte und im Bureau der Mercantelsfirma Gobb, Mercantel und Sheepshanks niederlegte.

„Mutter und Kind müssen irgendwelche Angehörige haben", überlegte er, „und früher oder später werden Nachfragen nach ihrem Verbleib nicht ausbleiben. Ihre Rückgeneigtheit mag vielleicht einmal von großer Wichtigkeit werden und auch geschäftliche Vortheile bringen, wenn wir im Besitze von Beweisstücken sind."

Herzensgüte und Mitleid schließen praktische Erwägungen in keiner Weise aus, und so war denn auch Gobb trotz des Mitleides, welches er für das Schicksal der Unglücklichen empfand, Geschäftsmann genug, um an seinen pekuniären Vortheil zu denken.